

Leitartikel

HELMUT BRANDSTÄTTER

Ein Beamtenstreik passt jetzt gar nicht

Die Krise ist noch nicht vorbei, das ist nicht die Zeit für Arbeitskämpfe des geschützten Bereichs.

Wir leben in verwirrten, auch verwirrenden Zeiten. Die Sozialdemokraten, stets auf der Seite der arbeitenden Massen, wissen nicht, wie sie mit den kämpferischen Lehrern umgehen sollen. Der ÖVP-Gewerkschafter Kimberger wiederum verhandelt einerseits für seine Partei das Bildungskapitel der neuen Regierung, andererseits mobilisiert er die Lehrer gegen seine Partei. Johannes Kopf, Chef des Arbeitsmarktservice, prognostiziert im KURIER die Rekordzahl von 450.000 Arbeitslosen für Jänner 2014 – und die Beamten wollen streiken.

Das alles passt nicht zusammen. Die Wirtschaft macht einen Strukturwandel durch, den die Arbeitnehmer und ihre Vertreter mit viel Realismus begleiten. Neue Tarifverträge verschieben, etwa bei den Journalisten, automatische Lohnsteigerungen nach hinten.

Nun haben auch die Beamten ihren Teil zur Bewältigung der Krise beigetragen (Nulllohnrunde 2013). Aber jetzt soll es wieder deutlich höhere Gehälter geben. Während in der Privatwirtschaft höhere Löhne nur bei höherer Produktivität bezahlt werden können, ist das im Staat anders. Die öffentliche Hand ist ohnehin bis über beide Ohren verschuldet, da kann es auf ein paar Prozent auch nicht mehr ankommen. Oder?

Eben schon. Deshalb muss die Verwaltung einfacher und billiger werden, deshalb müssen auch die Beamten flexibler einsetzbar werden. Das geplante „Amt der Bundesregierung“ als Arbeitgeber für die Mitarbeiter des Bundes wäre ein erster Schritt. Und die dringend nötigen Reformen müssen schneller kommen. Zeit ist Geld, das stimmt im öffentlichen wie im privaten Bereich. Der Unterschied ist nur, dass es im Staat erst die nächste Generation bezahlt.

eMail an: helmut.brandstaetter@kurier.at
auf Twitter folgen: @HBrandstaetter



Opposition misstraut Regierung – Fekter: 33 Milliarden € fehlen

VON DANIELA KITTNER UND PAUL TRUMMER

Budgetloch.

Neos, Grüne, FPÖ und Team Stronach werfen Rot-Schwarz vor, die Bevölkerung getäuscht zu haben.

Die erste „echte“ Nationalratssitzung nach der Konstituierung steht im Zeichen des Budgetlochs. Vier Oppositionsparteien gegen Rot-Schwarz. Vier Oppositionsparteien, die das Arsenal der parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen: Dringliche Anfrage, Misstrauensantrag gegen die gesamte Regierung, Antrag auf Untersuchungsausschuss, Antrag auf Ministeranklage als Minderheitsrecht und sogar das Verlangen nach Neuwahlen gleichzeitig mit der EU-Wahl im Mai 2014.

„Neuwahlen wären der ehrlichste Ausweg, denn Sie haben die Wähler hinters Licht geführt.“

Heinz-Christian Strache
FPÖ-Klubobmann

Der Anlass ist das Budgetloch in den Jahren 2014 bis 2018. Die Regierung gibt 18 Milliarden Euro strukturelles Defizit an, Finanzministerin Maria Fekter sagt gestern dem Nationalrat, nach der üblichen Maastricht-Rechnung fehlen 33 Milliarden Euro für ein Nulldefizit.

Turnusmäßig ist die FPÖ mit der Dringlichen Anfrage an der Reihe. Also führt Heinz-Christian Strache die Anklage gegen die Regierung: „Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder Sie haben den Menschen die Unwahrheit gesagt, oder Sie sind total inkompetent.“ Strache selbst scheint die erste Variante zu glauben, denn er bringt einen Antrag auf Neuwahlen ein:



Spindelegger: „Nicht Maria Fekter zum Sündenbock machen“



Faymann, Neo-Klubchef Schieder: „Fekter passte auf's Budget auf“

„Neuwahlen wären der ehrlichste Ausweg, denn Sie haben die Bevölkerung hinters Licht geführt.“ Die Wahlen sollen gleichzeitig mit der EU-Wahl im Mai stattfinden.

„Nicht getrickst“

„Wir haben nicht getrickst und nichts verschleiert“, sagt Finanzministerin Maria Fekter, die, unterstützt von SPÖ-Staatssekretär Josef Ostermayer, auf der Regierungsbank sitzt. Ihr bisheriger Kompagnon, Finanzstaatssekretär Andreas Schieder, ist ja mittlerweile SPÖ-Klubobmann und verteidigt Fekter vom Rednerpult aus: „Es ist bekannt, dass die Maria und ich in vielen Fragen unterschiedlicher Meinung waren.

Aber weder die Ministerin noch ich hätten zugelassen, dass man nicht aufs Budget schaut. Es hält, und wir werden 2016 einen ausgeglichenen Haushalt haben.“ Schieder gibt lediglich „Fehler in der Kommunikation“ zu, aber „nicht in den Fakten“.

Michael Spindelegger, derzeit auch ÖVP-Klubobmann, fordert in einer schwungvollen Rede von der Opposition einen „neuen Stil“ ein: Sie solle „kreative Ideen“ vorlegen, um aus der Krise heraus zu kommen. Spindelegger: „Wir haben ein ernstes Problem mit dem Wirtschaftswachstum. Ich habe von der FPÖ keine einzige kreative Idee gehört.“ In den heftigen Applaus der

ÖVP hinein tönt Grünen-Chefin Eva Glawischnig: „Es macht fassungslos. Die Regierung gaukelte vor der Wahl die heile Budgetwelt vor. Es muss eine Naturkatastrophe passiert sein, dass aus dem rosa Horizont auf einmal ein schwarzes Loch wird. Die Finanzministerin sagt, es gibt kein Budgetloch und gibt gleichzeitig 33 fehlende Milliarden nach Maastricht zu. Was sind denn die 33 Milliarden wenn nicht ein Loch?“

„Bevölkerung empört“

Die Bevölkerung sei empört, bei ihr „stapeln sich die Briefe“, sagt Glawischnig. Daher stimmen die Grünen wie alle Oppositionsparteien dem Misstrauensantrag zu.

Stronach-Klubobfrau Kathrin Nachbaur fordert einen Experten als künftigen Finanzminister.

Neos-Chef Matthias Strolz beginnt seine Rede mit einem Lob für die Regie-

„Es macht fassungslos: Was sind denn 33 Milliarden, wenn nicht ein Loch?“

Eva Glawischnig
Grünen-Klubobfrau

„Es sei eine „richtige Entscheidung, bei den Luxus pensionen hineinzuschneiden.“ Strolz nimmt Spindeleggers Aufforderung an, Vorschläge zu machen: „Vorschläge? Können Sie haben: Wir brauen einen Automatismus im Pensionsbereich. Und legen wir doch die Sozialversicherungsanstalten zusammen.“

Strolz wirft der Regierung vor, in zwei Punkten nicht die Wahrheit gesagt zu haben: bei der Hypo und bei der Finanzierungslücke im Pensionssystem. Strolz: „Allein diese beiden Bereiche machen mehr als zehn Milliarden aus, das ist so viel wie Unterrichts- und Wissenschaftsbudget zusammen.“

MOCCAMASTER
KAFFEE-KULT
AUS HOLLAND

Jetzt auch im österreichischen Fachhandel erhältlich

DER BESTE FRESH BREWED COFFEE DER WELT
Näheres auf Seite 5

MOCCAMASTER Für eine bessere Tasse Kaffee
www.moccamaster.at

PAMMESBERGER



Die Regierung fährt drüber! Cool!

KURIER.at/Pammesberger

ÜBERBLICK

WEITERE MELDUNGEN

NSA-Debatte lässt Wogen hochgehen

Ordnungsruf. Der US-Geheimdienst NSA beschäftigte am Dienstag auch die österreichischen Abgeordneten. Verteidigungsminister Gerald Klug ging zur NSA deutlich auf Distanz, verteidigte aber eine fallweise Kooperation mit dem heimischen Heeresnachrichtendienst. „Ein Bespitzeln der Österreicher durch das HNA ist keineswegs vorgesehen, nicht möglich und findet auch nicht statt.“ Daher gebe man auch keine Daten an ausländische Dienste weiter. Der Grüne Peter Pilz bezichtigte Klug daraufhin der Lüge – was ihm prompt einen Ordnungsruf einbrachte.

Lindner und Stronach schwänzen Sitzung

Nationalrat. Rückschläge für Frank Stronach und Monika Lindner im Rennen um den Titel als fleißigste(r) Abgeordnete(r). Obwohl es erst die zweite Parlamentssitzung war, ließen sich beide entschuldigen – und verzichteten auf die Budgetdebatte.

Grüne wollen weiter mehr Geld für Familien

Antrag. Abgeordnete Daniela Musiol will sich mit der abgesetzten Erhöhung der Familienbeihilfe nicht abfinden: „Ich sehe nicht ein, warum Familien den Preis für verfehlte Finanzplanungen zahlen sollten.“

Dörfler & Co wehren sich gegen Anklage

Untreue-Vorwürfe. Der Untreue-Prozess um die Kärntner Wahlbroschüre 2009 verzögert sich. Nachdem das Landesgericht Klagenfurt die Aufhebung der Immunität von Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler (jetzt Bundesrat) beantragt hat, haben fünf der sechs Angeklagten (darunter Gerhard Dörfler, Uwe Scheuch, Harald Dobernik und Stefan Petzner) über ihre Anwälte Einspruch gegen die Anklageschrift erhoben. Darüber hat jetzt das OLG Graz zu befinden. Dörflers Auslieferung an die Justiz dürfte in der heutigen Landtagssitzung erfolgen.

SPÖ-Landeschef Josef Ackerl will Reichensteuern im Koalitions пакт

VON MARIA KERN

Starker Abgang. Oberösterreichs rotes Urgestein will zudem, dass Familienbeihilfe doch erhöht wird.

Am kommenden Samstag tritt Josef Ackerl als SPÖ-Chef in Oberösterreich ab. Bis Jänner 2014 bleibt der 67-Jährige noch Landesrat. Dann ist er endgültig Polit-Pensionär. Vorerst aber mischt das rote Urgestein noch bei den Koalitionsverhandlungen mit. Im Gespräch mit dem KURIER

macht Ackerl Druck für eine Vermögenssteuer. Trotz des Njet der ÖVP zu neuen Steuern will er, dass das Thema bei den Regierungsverhandlungen aufs Tapet kommt.

„Man muss ernsthaft über Vermögenssteuern reden. Es kann keine Gesprächsverweigerung geben“, richtet der einstige Betriebsrat der ÖVP via KURIER aus.

Die SPÖ will bekanntlich Vermögen sowie Erbschaften und Schenkungen ab einer Höhe von einer Million Euro besteuern.

Wie will der rote Frontmann aus Oberösterreich die Schwarzen überzeugen? Warum glaubt er, dass die

„Millionärssteuer“ doch noch durchzubringen ist?

Reformen reichen nicht Ackerl ist überzeugt, dass bei den Koalitionsgesprächen „am Ende zahlreiche Wünsche herauskommen werden, die nicht alle durch Einsparungen im Verwaltungsbereich umsetzbar sind. Daher wird es nicht ohne Gegenfinanzierung gehen.“

An welche Wünsche denkt er? Etwa an eine Erhöhung der Familienbeihilfe, die die Regierungsspitze angesichts der angespannten Budgetlage abgesagt hat?

„Wenn man über eine Sechs-Milliarden-Finanzie-

rung für die Banken reden muss, wird man auch über andere dringende Maßnahmen für die Zukunftssicherung reden müssen, unter anderem auch für die Familien. Da kann man sich nicht verweigern. Für mich ist eine höhere Familienbeihilfe noch nicht vom Tisch“, betont Ackerl.

Es sei zudem „auch volkswirtschaftlich richtig, Geld für Zukunftsinvestitionen in die Hand zu nehmen, das danach wieder hereinkommt“.

Zur Erinnerung: Die Familienbeihilfe wurde zuletzt vor 13 Jahren erhöht, also seit dem Jahr 2000 nicht mehr an die Inflation angepasst. Vor der Wahl hatten SPÖ



Tritt bald ab, mischt aber bei Koalitionsgesprächen mit: Josef Ackerl

und ÖVP angekündigt, dass die Beihilfe ab 2014 steigt.

Was sagt Ackerl zur verunglückten Budgetloch-Debatte? „Man hat das Thema zulange jenen überlassen, die

sich bemüßigt gefühlt haben, etwas zu sagen. Faymann und Spindelegger hätten sich schneller zu Wort melden müssen – um zu erklären, was Sache ist.“

Europa von innen

MARGARETHA KOPEINIG

EU-Wahl: Kappel als FPÖ-Kandidatin?

Die Freiheitlichen kämpfen intern um die Nominierung für die Doppelspitze. Harald Vilimsky gegen Barbara Kappel heißt das Duell.

Hinter den Kulissen der FPÖ gibt es ein hartes Ringen, wer mit **Andreas Mölzer** die Doppelspitze auf der Kandidatenliste für die EU-Wahl am 25. Mai 2014 bilden soll. FPÖ-Chef **Heinz-Christian Strache** hat eine klare Präferenz für seinen Generalsekretär **Harald Vilimsky**. Jüngere Freiheitliche und Frauen wollen lieber die weltgewandte und mehrsprachige Wiener Landtagsabgeordnete **Barbara Kappel** als Nummer 1 sehen. „Das wäre ein starkes Signal“, sagt ein FPÖ-Insider. Kappel bestätigt dem KURIER, dass sie „sehr gerne an wählbarer Stelle antreten würde“. 2009 war sie auf dem dritten Platz der EU-Liste gereiht.

Die 48-jährige Unternehmerin und studierte Wirtschaftswissenschaftlerin gilt als ausgesprochene Europa-Expertin und als Frau für das Niveauvolle in der FPÖ. In die Politik kam sie im Jahr 2000 als Büroleiterin des ehemaligen Nationalratspräsidenten **Thomas Prinzhorn**.

In der SPÖ ist Delegationsleiter **Jörg Leichtfried** Favorit für den ersten Listenplatz, gefolgt von **Evelyn Regner**. Das EU-Parlament appelliert an alle Parteien, auch jüngere Kandidaten an wählbarer Stelle zu platzieren. Der Grund: Das Durchschnittsalter der Europa-Abgeordneten liegt derzeit bei 60 Jahren.

Bei den Regierungsverhandlungen gibt es zu Europa & Außenpolitik Probleme. „Für offene Fragen brauchen wir noch zwei Runden nächste Woche“, sagt ÖVP-Verhandler **Reinhold Lopatka**. Dem Vernehmen nach will die ÖVP die Kompetenz über Handels- und Investitionsabkommen ins Außenamt verlagern, die SPÖ ist prinzipiell nicht dagegen, will dabei aber bestimmte Kriterien (Umweltschutz, Menschenrechte) unbedingt berücksichtigt wissen. Außerdem will die SPÖ eine Koordinationsstelle für die Europapolitik im Bundeskanzleramt. Lopatka: „In der Europa-Kompetenzfrage wird es keine Änderungen geben.“



Barbara Kappel ist das internationale Gesicht in der FPÖ. Sie möchte „sehr gerne“ nach Brüssel wechseln

MOCCAMASTER

KAFFEE-KULT

AUS HOLLAND

DER BESTE FRESH BREWED COFFEE DER WELT

Moccamaster bietet „fresh brewed coffee“ wie von Hand gebrüht. Moccamaster schont – im Gegensatz zu Kapselkaffee – den Magen und ist ein Eyecatcher in jeder Küche. Der Spezialitätenkaffeeverband SCAA empfiehlt als einzigen Hersteller von Filtermaschinen Moccamaster. Zudem ist Kaffee aus einem Moccamaster bis zu acht Mal günstiger als Kapselkaffee und verursacht keinen Müll.

MOCCAMASTER Für eine bessere Tasse Kaffee
www.moccamaster.at

Jetzt auch im österreichischen Fachhandel erhältlich